
Dringlicher Antrag

auf Annahme einer Entschließung der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Solidarität mit den demokratischen Kräften in unserer Partnerstadt Istanbul

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Verhaftung und die Amtsenthebung des prominenten Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu werden von zahlreichen Beobachtern als politisch motiviert eingeschätzt.

Das Berliner Abgeordnetenhaus fordert eine umfassende und rechtsstaatliche Überprüfung der Anschuldigungen sowie der gesamten Vorgehensweise der türkischen Behörden – ohne Vorverurteilungen durch den Staatsapparat des türkischen Präsidenten Erdoğan. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass nicht nur das juristische Verfahren fair, transparent und nach demokratischen Rechtsstandards durchgeführt wird, sondern auch der Umgang mit Protestierenden und Kritikern der Regierung unabhängig untersucht wird. Jegliche Einschränkungen der demokratischen Rechte von Oppositionspolitikern, deren Anhängern sowie Journalisten sind ein besorgniserregendes Signal für die politische Entwicklung der Türkei.

Sollten rechtliche Prüfungen ergeben, dass İmamoğlu als politischer Widersacher von Präsident Erdoğan rechtswidrig seiner demokratischen Rechte beraubt wurde, wäre dies ein weiterer besorgniserregender Schritt der Türkei in Richtung Autokratie und wäre dies ein Versuch, einen starken Herausforderer im demokratischen Wettstreit zum Schweigen zu bringen. Diese Entwicklung wäre nicht nur ein Angriff auf eine einzelne Person, sondern ein Angriff auf die Demokratie, auf Rechtstaatlichkeit und auf die freie Meinungsäußerung in der Türkei. Berlin ist nicht bereit, unkritisch über mögliche Verletzungen demokratischer Prinzipien hinwegzusehen.

Seit 1989 besteht die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Istanbul, die durch vielfältige Austauschprogramme, kulturelle Projekte und wirtschaftliche Zusammenarbeit Brücken zwischen unseren Städten und ihren Bürgerinnen und Bürgern baut. Besonders für die vielen Berlinerinnen und Berliner mit türkischen Wurzeln ist diese Partnerschaft von enormer Bedeutung. Sie ist ein Zeichen der Verbundenheit, des gegenseitigen Respekts und des gemeinsamen Wunsches nach einem freien und demokratischen Zusammenleben.

Von Beginn an war die Städtepartnerschaft ein klares Bekenntnis zum Austausch und zu gemeinsamen Werten: Achtung der Menschenrechte, Förderung von Integration ohne Aufgabe der eigenen Identität und Einsatz für eine starke, lebendige Demokratie. Gerade in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, diese Werte entschlossen zu verteidigen.

Erst im Juni 2024 hatte İmamoğlu den Regierenden Bürgermeister Berlins im Roten Rathaus besucht, um die bilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Berlin bleibt dieser historischen Verbindung verpflichtet. Gleichzeitig unterstreichen wir, dass gute und stabile Beziehungen zur Türkei sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesellschafts- und sicherheitspolitischer Hinsicht in unserem Interesse liegen. Diese Beziehungen können jedoch nur auf einer gemeinsamen Grundlage von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und gegenseitigem Respekt fortgeführt werden.

Berlin, den 26.03.2025

Stettner Cywinski
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Kühnemann-Grunow
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD